

**Geschäftsführung
Finanzausschuss**

Ansprechpartner: Herr Rausch

Telefon: (0221) 221-25939

Fax : (0221) 221-23902

E-Mail: Michael.Rausch@Stadt-Koeln.de

Datum: 10.03.2009

Auszug**aus dem Entwurf der Niederschrift der Sitzung des
Finanzausschusses vom 09.02.2009**

öffentlich

**2.8 AWB 2018
 0288/2009**

Ratsmitglied Frank weist darauf hin, dass diese Initiative auf einen Beschluss des Rates vom 18.12.2008 zurückgeht. In diesem wurde deutlich gemacht, dass eine Anpassung der Leistungsverträge erfolge. Insofern sei die schriftliche Mitteilung der Verwaltung für ihn nicht nachvollziehbar. Der Vorschlag der Verwaltung hinsichtlich einer Mehrausschüttung habe im Ergebnis eine erhöhte steuerliche Belastung zur Folge. Zudem bestehe hinsichtlich der Kopplung der Tantiemenregelung für die Geschäftsführung an das Ergebnis möglicherweise ein Zielkonflikt. Vor diesem Hintergrund bitte er den gesamten Sachverhalt und die Aussage, dass eine Neuverhandlung der Leistungsverträge nicht möglich sei, nochmals detailliert darzustellen.

Stadtkämmerer Soénius sagt eine neuerliche Darstellung des Sachverhaltes durch die AWB zur nächsten Sitzung des Finanzausschusses zu.

Ratsmitglied Frank begrüßt eine derartige Darstellung. Diese sollte auch auf die steuerlichen Gründe eingehen.

Der Ausschussvorsitzende schließt sich der Anregung an, da die Formulierung hinsichtlich einer möglichen verdeckten Gewinnausschüttung erläuterungsbedürftig sei. Insofern rege er an, diese Mitteilung erneut in die Tagesordnung zur nächsten Sitzung des Finanzausschusses aufzunehmen und mit den Aktualisierungen zu erörtern.

Ratsmitglied Klipper fragt an, ob bereits eine verbindliche Anfrage an die Finanzbehörde gestellt wurde. Im Übrigen stehe für ihn im Vordergrund, dass die im Rahmen eines Rationalisierungserfolges zu erzielenden Verbesserungen unmittelbar an die Gebührenzahler fließen. Eine Ausschüttung an den allgemeinen Haushalt stelle für ihn keine befriedigende Lösung dar.

Ratsmitglied Breite schließt sich den Bedenken seiner Vorredner an. Zudem gelte es nachprüfbarere Ausgestaltungen zu finden, welches bei einer flexiblen Handhabung seitens der AWB nicht möglich sei.

Ratsmitglied Dr. Paul sieht die Bedingungen des Ratsbeschlusses noch nicht als gegeben an.